

Wirtschaftskriminalität

Eine Darstellung der typischen Erscheinungsformen
mit praktischen Hinweisen zur Bekämpfung

von

Dr. Rudolf Müller

Oberstaatsanwalt a.D.

und

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Oberstaatsanwalt

3., neubearbeitete und erweiterte Auflage



C.H.BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1993

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII

1. Kapitel. Die organisierte Wirtschaftskriminalität

I. Der Einfluß der Wirtschaftskriminalität auf Politik und Wirtschaft.	1
II. Der zögerliche und zaghafte Gesetzgeber.	2
1. Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität	3
2. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten.	4
III. Der Staatsanwalt und seine neue Herausforderung	6
1. Die Geldverlagerungsmethoden.	6
2. Richtlinien der Länder und des Bundes über die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Zoll bei der Verfolgung der organisierten Kriminalität	9

2. Kapitel. Die Wirtschafts- und Steuerkriminalität in der Europäischen Gemeinschaft

I. Die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts.	14
II. Der EG-Haushalt als Angriffsobjekt	15
1. Abschöpfungen	16
2. Ausfuhr-Erstattungen.	17
3. Denaturierungsprämie.	17
4. Förderungsprogramme.	18
III. Der strafrechtliche Schutz der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft	18
1. Der strafrechtliche Schutz der EG-Einnahmen in Deutschland	19
2. Der strafrechtliche Schutz der EG-Ausgaben in Deutschland	20
IV. Strafverfolgungsprobleme im nationalen und supranationalen Spannungsfeld.	22
1. Zuständige Ermittlungsbehörden	22
2. Der Staatsanwalt und die Mitwirkung von Verwaltungsbehörden im Agrarsektor.	24
3. Der Förderungsweg der EG-Strukturfonds	26
4. Ermittlungsprobleme bei Verstößen gegen Europäische Förderungsprogramme- EFRE	28
5. Die Justizbehörden und das Schengener Abkommen.	29
6. Der Vertrag über die Europäische Union.	30

3. Kapitel. Die Bedeutung des Computers in der Wirtschaftskriminalität

I. Allgemeines.	32
II. Die Computerkriminalität im engeren Sinn.	32
III. Tatobjekt EDV und rechtliche Beurteilung	34
1. Die mechanische Zerstörung der EDV.	34
2. Manipulationen an Programmen und gespeicherten Daten.	35
3. Probleme des Tatnachweises.	36
4. Die „Computerviren“ als heimtückische und kriminelle Programmmanipulation.	38

5. Das illegale Nutzbarmachen und Entwenden von Daten und Programmen	39
6. Das Hacking	39
7. Ausnutzung elektromagnetischer Strahlen	41
IV. Ermittlungen bei elektronischer Datenverarbeitung	41
4. Kapitel. Straftaten zum Nachteil von Banken und mögliche Mitwirkung von Kreditinstituten bei der Verübung wirtschaftliche- und steuerschädlicher Handlungen	
I. Die Bank als Angriffsobjekt	46
II. Der Computer als Arbeitsmittel in der Bank-Kundenbeziehung	46
III. Der Wechsel- und Scheckmißbrauch	48
1. Die Funktion des Wechsels	49
2. Das redliche Wechselgeschäft	49
3. Die Tatausführung	50
a) Der Gefälligkeitswechsel	51
b) Der Reitwechsel und die Wechseltauschringe	51
c) Der Kellerwechsel	52
d) Die Scheckreiterei	53
e) Der Umkehrwechsel (Akzeptantenwechsel)	54
f) Der Depotwechsel	56
4. Geschäftsbedingungen und Kontrollmaßnahmen der Bundesbank (Landeszentralbanken) bezüglich des Ankaufs und der statistischen Erfassung des Handelswechsels	56
a) Der Regelfall	56
b) Sonstige Überwachungsmaßnahmen der Landeszentralbank	58
c) Sondervorschriften für Sparkassen	58
d) Besonderheiten für die neuen Bundesländer	59
5. Strafrechtliche Beurteilung der unerlaubten Kreditschöpfung durch Finanzwechsel	59
6. Strafrechtliche Beurteilung der Scheckreiterei	61
7. Grenzen des zulässigen Ankaufs von Finanzwechseln und Prolongationswechseln durch Kreditinstitute	62
8. Die Bemessung und Wiedergutmachung des Schadens beim betrügerischen Verkauf von „faulen Wechseln“	63
IV. Der Scheckkarten- und Kreditkartenmißbrauch	64
1. Der Euroscheck	65
2. Die automatische Geldauszahlung mit Euroscheck-Karte	67
a) Technische Abwicklung	67
b) Strafrechtliche Beurteilung	68
3. Das Point-of-Sales-Verfahren	70
4. Der Kreditkartenmißbrauch	71
V. Der Lastschrifteinzugsermächtigungs- und Lastschriftabbuchungsverkehr	73
1. Allgemeines	73
2. Die typischen Lastschriftgläubiger	74
3. Die Abwicklung und Überwachung des Lastschriftverkehrs	74
4. Besonderheiten beim Abbuchungsverkehr	75
5. Formen des wirtschaftskriminellen Mißbrauchs des Lastschriftverkehrs	75
6. Strafrechtliche Beurteilung des Mißbrauchs des Lastschriftverkehrs	76
7. Täuschungshandlungen der Banken gegenüber vermeintlich Zahlungspflichtigen	77

VI. Untreue im Bankbereich durch Vergabe von Großkrediten unter Berücksichtigung der Beleihungsrichtlinien	78
1. Allgemeines	78
2. Kompetenzregelungen für Kreditvergabe.	79
3. Überprüfung der Kompetenzverletzung	81
4. Typische Verschleierungsmanipulationen bei eigenmächtiger und damit unzulässiger Kreditgewährung	82
a) Garantieerklärung	82
b) Bürgschaft	83
c) Zeitliche Buchungsverschiebungen	83
d) Die schwarze Buchführung	84
5. Nichtbeachtung der Beleihungsrichtlinien.	85
a) Allgemeines	85
b) Die Sparkassenbeleihungsrichtlinien als Orientierungshilfe	85
6. Pflichtwidrigkeiten bei sonstigen Bankgeschäften	87
7. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen.	88
8. Der Anfangsverdacht	89
VII. Straftaten durch Mißbrauch der CpD-Konten und durch Tafelgeschäfte	91
VIII. Besonderheiten bei Subventionskrediten	93
1. Kriminelle Verhaltensweisen	93
2. Einteilung der Förderungs- und Finanzierungshilfen.	94
a) Die Investitionszulage	94
b) Der Investitionszuschuß	96
c) Darlehen aus verschiedenen Förderungsprogrammen.	96
IX. Die Gefahren des Konsumentenkredits	97
1. Der Dispositionskredit	98
2. Der Ratenkredit	98
3. Der Abzahlungskredit.	99
4. Die Rolle unseriöser Kreditvermittler.	99
5. Die Schutzverbände für Kreditsicherung	102
X. Ermittlungsmaßnahmen und die Beweissicherung bei Kreditinstituten	104
1. Allgemeines.	104
2. Kein Bankgeheimnis im Strafverfahren - Unanwendbarkeit des § 30 a AO.	104
3. Die einzelnen Ermittlungsmaßnahmen	105
a) Auskünfte gem. § 161 a StPO.	105
b) Umfang der Durchsuchung und Beschlagnahme	106
c) Besondere Beweismittel	107
d) Bankinterne Informations- und Weisungsdienste.	108
4. Die Veruntreuung von Spareinlagen.	108
5. Die Aufbewahrung von Belegen und Geschäftsunterlagen.	109
6. Die effektive Kontenauswertung	111
7. Die Entschädigung der Kreditinstitute bei Ermittlungsmaßnahmen	112

5. Kapitel. Der Mißbrauch des Postweges durch Wirtschaftsstraf­tä­ter

I. Die Unanwendbarkeit des Postgeheimnisses auf den Postgiro- und Postbankverkehr	114
II. Aufbewahrungspflicht von Kontounterlagen	114
III. Postlagernde Sendungen und Schutzrechtsverletzungen über den Postweg	116
1. Die Anonymität der postlagernden Chiffre-Sendungen.	116
2. Das Postgeheimnis bei grenzüberschreitender Produktpiraterie.	117

6. Kapitel. Die Insolvenzdelikte

I. Vorbemerkung	120
II. Die gesetzlichen Grundlagen	121
III. Begriffsbestimmung der Insolvenz	122
IV. Beurteilungsfaktoren bei Insolvenzdelikten	123
1. Allgemeines	123
2. Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi).	123
3. Die Anforderung der Handelsregisterakten und Auskünfte des Gerichtsvollziehers.	125
a) Handelsregister.	125
b) Gerichtsvollzieher.	125
4. Die Auswertung der Konkursakten	126
a) Maßnahmen des Konkursgerichts.	126
b) Konkrete Verdachtsmomente.	127
c) Kontaktaufnahme zum gerichtlichen Sachverständigen.	129
5. Buchhaltung, Bilanzen und Geschäftspapiere als Erkenntnisquelle	129
a) Die Vorbereitung der Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnung	129
b) Die Einbeziehung des kriminalpolizeilichen Nachrichtenaustausches	130
c) Umfang der Beschlagnahme.	131
d) Sicherstellung von Unterlagen bei Wirtschaftsprüfern, Angehörigen der steuerberatenden Berufe und deren Berufshelfern.	132
6. Das Gewerbezentralregister.	133
7. Die Auswertung sichergestellter Unterlagen.	134
V. Kriterien der Krise	135
1. Äußere Merkmale.	135
2. Die Liquiditätsstufen	136
3. Liquiditätsanalyse.	136
a) Das Bilanzschema	136
b) Liquidität I. Grades: Aktiva	137
c) Liquidität I. Grades: Passiva	139
d) Liquidität II. Grades.	139
e) Liquidität III. Grades.	139
f) Heranziehung der Bilanzhilfswerte.	140
4. Die Überschuldung	141
VI. Ermittlungen nach festgestellter Krise	142
1. Fehlerhafte Formularanfragen.	142
2. Umfelderermittlungen	144
3. Besonderes Verteidigungsvorbringen.	145
VII. Die „vorletzte“ Krise	146
VIII. Die geplante und gesteuerte Insolvenz	148
1. Allgemeines.	148
2. Die Umfunktionierung des Konkursausfallgeldes.	149
3. Die Gegenmaßnahmen des Gesetzgebers und der Bundesanstalt für Arbeit	151
4. Die Auffanggesellschaft	152
5. Der Sicherungspool.	153
6. Strafrechtliche Beurteilung.	153
a) Die Gesteuerte Insolvenz durch den Gemeinschuldner.	153
b) Die Errichtung eines Gläubigerpools durch „Sanierer“.	154
c) Straftaten des Konkursverwalters.	155
d) Straftaten im Zusammenhang mit der Erschleichung des Konkursausfallgeldes.	156
7. Konkursverschleppung durch Abberufung des GmbH-Geschäftsführers	157

7. Kapitel. Straftaten durch unlauteren Wettbewerb, Warenzeichenfälschung und Urheberrechtsverletzung

I. Die strafbare Werbung als Vorstufe der schweren Wirtschaftskriminalität.	159
II. Presserechtliche Probleme.	160
1. Kein Zeugnisverweigerungsrecht	160
2. Keine presserechtliche Verjährung	161
III. Verbraucherfeindliche Werbung gegenüber unerfahrenen Bevölkerungsschichten.	163
1. Die Ankündigung von Mondpreisen.	163
2. Der Nebentätigkeits- und Heimarbeitsschwindel	164
3. Das Chiffre-Inserat, ein Tarnmantel der Steuerhinterzieher und Verkaufsbürücke „heißer“ Ware.	166
4. Die soziale Masche bei der von-Tür-zu-Tür-Werbung	168
5. Die Kaffeefahrten.	173
6. Der Orientteppichschwindel	177
a) Der Zwangsversteigerungstrick	177
b) Der Verkauf angeblichen Sicherungsgutes.	178
c) Der Ausverkaufsschwindel	179
d) Die Verwertung über Pfandleiher.	181
7. Die professionellen Räumungsverkäufe	182
8. Der Heil- und Arzneimittelschwindel	182
a) Straftaten im Reisegewerbe	182
b) Heilmittelwerbung in Massenmedien.	184
9. Die irreführende Kreditanpreisung.	185
10. Sozialer „Spendenaufruf“ für Altmaterialsammlungen.	189
11. Das kriminelle Schneeballsystem und die progressive Kundenwerbung	191
a) Der Kettenbrief als Selbstläufer.	191
b) Das amerikanische Roulett	192
c) Das Jokerspiel	193
d) Die progressive Kundenwerbung	194
IV. Die Korruption und das Schmiergeldunwesen unter besonderer Berücksichtigung staatlicher und kommunaler Institutionen.	195
1. Ursachen und Auswirkungen der Bestechung	195
2. Rechtsnormen gegen die Bestechung	199
3. Die Krankenhäuser.	201
a) Die Organisation.	201
b) Beschaffung medizinischer Geräte.	202
c) Die Pseudozusage im ärztlichen Bereich.	203
d) Die gutachterliche Tätigkeit	204
e) Die Kommissionszuwendung	205
f) Der nichtmedizinische Bereich.	205
4. Die Bestechung im übrigen öffentlichen Bereich.	206
V. Verrat und Ausspähen von Geschäftsgeheimnissen - § 17 UWG.	207
1. Das Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis.	207
2. Die Software als Unternehmensgeheimnis	208
3. Der Täter und seine Handlungen.	209
a) Die einzelnen Tätergruppen.	209
b) Die eigentliche Betriebsspionage.	210
c) Konkurrenzen der Straftatbestände.	211
4. Das Erfordernis der Kooperation zwischen dem Staatsanwalt und dem Unternehmer.	211
5. Ermittlungsfehler.	212

VI. Die Produktpiraterie - insbesondere durch Warenzeichenfälschung und Urheberrechtsverletzung	213
1. Gefahren für Unternehmer und Verbraucher.	213
2. Die Abwehrmaßnahmen des Gesetzgebers.	213
3. Supranationale und bundesdeutsche Sicherstellungsregelungen.	214
4. Ermittlungsprobleme.	215
a) Verwaltungspraxis als Ermittlungshürde.	215
b) Ermittlungswege des Staatsanwalts.	217
c) Verwertung sichergestellter Piratenware.	218
5. Urheberrechtsverletzung.	218

8. Kapitel. Die Wirtschafts- und Steuerkriminalität unter Einschaltung von Domizilfirmen

I. Gründungsmotive	221
II. Oasenländer	222
III. Die Liechtensteinische Anstalt als Grundbeispiel einer Domizilfirma	224
1. Der Gründungsakt	225
2. Die Statuten.	225
3. Die Zessionserklärung	227
4. Die Blankozession	227
5. Der Verwaltungsrat	228
6. Der Repräsentant.	229
IV. Weitere Gesellschaftsformen in Liechtenstein	230
1. Die Aktiengesellschaft	230
2. Das Treuhandunternehmen (Trust).	231
3. Die Stiftung des Liechtensteinischen Rechts	231
V. Die Stellung der Domizilfirmen im liechtensteinischen/schweizerischen Wirtschaftsleben	232
VI. Die englischen Briefkastenfirmen	234
VII. Beispiele für Aktivitäten von Briefkastenfirmen	234
1. Steuer- und Zollmanipulationen.	234
2. Die außerfiskalischen Wirtschaftsdelikte.	240

9. Kapitel. Die Aufklärung und Beweissicherung im Ausland

I. Der Rechtshilfeverkehr	247
1. Allgemeines	247
2. Rechtsgrundlagen.	248
3. Grenzen der Rechtshilfe und Verwertungsverbote am Beispiel Schweiz	251
4. Die Abgrenzung des Fiskaldelikts vom Abgabebetrag	253
5. Ausgehende Ersuchen zur Erlangung von Gegenständen	256
6. Die Zeugenvernehmung und die Beschaffung sonstiger Beweismittel	258
II. Ermittlungsverfahren gegen Verwaltungsräte und Repräsentanten	261
III. Unmittelbarer Kontakt des Staatsanwalts mit ausländischen Zeugen	262
IV. Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts zu Problemen der Rechtshilfe	263
V. Probleme des Bankgeheimnisses	265
1. Schweiz-Liechtenstein	265
2. Österreich	267
3. Luxemburg	268
4. England	268

VI. Ermittlungen in Übersee	269
1. Die Domizilfirma auf den Bermudas	269
2. Rechtshilfemöglichkeiten	270
a) Bermudas	270
b) Panama	271
c) Paraguay	272
d) Kanada	273
e) Vereinigte Staaten von Amerika	273
VII. Abgrenzung zum Rechtshilfeverkehr der Polizei- und Finanzbehörden	274

10. Kapitel. Die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften und Finanzbehörden

I. Ermittlungskompetenz und Feststellung einer Steuerstraftat	277
1. Zuständigkeitsregelung	277
2. Begriff der Finanzbehörde	277
3. Die Bedeutung der Außenprüfung für das Ermittlungsverfahren	278
4. Die Mißachtung des Legalitätsprinzips in der Schlußbesprechung	279
5. Der „Grüne Bogen“	281
II. Die Abgabe eines Steuerstrafverfahrens an die Staatsanwaltschaft	281
1. Die Grenzen der Ermittlungskompetenz der Finanzbehörden	281
2. Die Durchbrechung des Steuergeheimnisses	283
3. Die Einstellungspraxis der Finanzbehörden	285
III. Die Ausübung des Evokationsrechts durch den Staatsanwalt	286
IV. Die Mißachtung der Rechte des Finanzamtes durch den Staatsanwalt	287
V. Der Ermittlungsauftrag des Staatsanwalts an die Finanzbehörden	287
VI. Der Einsatz von Fahndungsbeamten bei allgemeinen Straftaten	290
VII. Der Mißbrauch der strafbefreienden Selbstanzeige (§ 371 AO)	291

11. Kapitel. Die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit anderen Institutionen bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten

I. Öffentliche Institutionen	295
1. Bundespost	295
2. Bundesbahn	296
3. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	297
4. Bundesamt für Wirtschaft	299
5. Bundesausfuhramt	299
6. Bundesamt für Finanzen	300
7. Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst beim Finanzamt Wiesbaden II	301
8. Bundeskartellamt	301
9. Zollkriminalamt (ZKA)	302
10. Hauptzollamt Hamburg-Jonas	302
11. Nachrichtendienste	303
12. Bundesanstalt für Arbeit	303
13. Industrie- und Handelskammern	303
14. Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (BAG)	304
15. Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung (BALM)	305
16. Bundesamt, für Sicherheit in der Informationstechnik	305
II. Zusammenarbeit mit privaten Institutionen	305
1. Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V. (DSW)	306
2. Verbraucherschutz-Verein e. V.	307
3. Verein für lautere Heilmittelwerbung e. V.	307

4. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V.	307
5. Sonstige Organe der freiwilligen Selbsthilfe.	308

12. Kapitel. Kriminelles Gewinnstreben im ärztlichen und tierärztlichen Bereich

I. Das Gesundheitswesen	310
1. Der Leistungsschwindel	311
a) Der Krankenscheinmißbrauch.	311
b) Falschabrechnungen beim Privatpatienten.	313
c) Betrügerische Abrechnung von Radionukliden u. a.	314
2. Straftaten im Pharmazie- und Rezeptbereich.	315
a) Der Wareneinkauf per Rezept	315
b) Die Sprechstundenbedarfsrezepte.	316
c) Der Verkauf der „unverkäuflichen Arztemuster“.	317
3. Sonstiger Mißbrauch im Bereich kassenärztlicher Leistungen.	318
4. Der Zahnarzt- und Dentalbereich.	319
5. Das rechtswidrige Abdingen der Regelsätze der ärztlichen Gebührenordnung.	320
II. Der graue Tierarzneimittelmarkt	321

13. Kapitel. Wirtschaftskriminalität in besonderen Bereichen

I. Die Einschleusung und der Verleih von Arbeitnehmern	326
II. Die Schwarzarbeit	331
III. Der Ausschreibungsbetrug	332
IV. Kapitalanlagebetrug, betrügerische Warentermingeschäfte.	334
1. Der Kapitalanlagebetrug- § 264a StGB.	334
2. Schutzbestimmungen im Börsengesetz	336
a) Kapitalmarktschutz - § 88 BörsG.	336
b) Betrügerische Warentermingeschäfte- § 89 BörsG.	337
V. Strafbare Exportgeschäfte nach dem Außenwirtschaftsgesetz	339
VI. Die Ausdehnung der Wirtschaftskriminalität auf die neuen Bundesländer	343
VII. Die negative Vorbildrolle von Parteien und Mandatsträgern	346